Protokoll
zur 9. Sitzung des Ausschusses für Bau und Verkehr am 27.11.2002 16:30 Uhr

Beginn: 16:30 Uhr Ende: 19.00 Uhr

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

Vor Eröffnung der Sitzung begrüßt der Vorsitzende die Anwesenden und als Gäste Herrn Samulski (Direktion 4), Frau Porath (Giesensdorfer Straße), die Elternvertretung der Kita Claszeile (Leuchtenburgstraße) sowie die Seniorenvertretung.

Zur Einleitung verweist BV Körner auf die verteilte erweiterte Tagesordnung (TOP 3.2 – Drs.Nr. 77/II - Fahrradstraße Havelchaussee, TOP 3.7 – Drs.Nr. 454/II - Initiativantrag Mobilfunkstation Leuchtenburgstraße, TOP 3.10 – Drs.Nr. 471/II - Autofreie Schloßstraße und TOP 3.11 – Drs.Nr. 479/II - Mehrsprachiges Informationssystem im ÖPNV). BV Körner erläutert, dass TOP 3.10 und 3.11 zuerst im mitberatenden Ausschuss für Wirtschaft behandelt werden müssen. Sie werden vertagt. Von Seiten der SPD-Fraktion wird gegen die Behandlung von TOP 3.2 und 3.7 formal Widerspruch eingelegt. Es sei den Fraktionen keine Möglichkeit gegeben worden, sich auf diese Drucksache vorzubereiten. BV Körner weist darauf hin, dass die Drs.Nr. 77/II bereits im Mai im Ausschuss erörtert wurde und die Drs.Nr. 454/II ein eiliger Initiativantrag des Umweltausschusses sei und nimmt mit Zustimmung der anwesenden Fraktionen die Drucksache 77/II und 454/II von der Tagesordnung, womit dem förmlichen Widerspruch entsprochen wurde.

BV Hampel bittet für die Fraktion der Grünen um weitere Zurückstellung der Drs.Nr. 77/II – Fahrradstraße Havelchaussee –, da die Fraktion erfahren hat, dass zur Zeit im Bezirksamt ein Radverkehrs-Gesamkonzept aufgestellt wird.

TOP 1 – Bürgerfragestunde

„Giesensdorfer Straße“

Frau Porath macht zu Ihrem Anliegen folgende Äußerungen:

Es handelt sich hier um eine sehr schmale Durchfahrtstraße. Diese Durchfahrtstraße wird von starkem LKW und PKW-Verkehr frequentiert. Die an den Straßenenden befindlichen Ampeln würden den Verkehr eher hemmen als fließen zu lassen. Diese Ampeln sollten abgebaut werden. Sie bittet stattdessen um Prüfung der Einrichtung einer Tempo-30-Straße.

BauDez gibt hierzu zur Kenntnis, dass die dortigen Ampeln im Zusammenhang mit dem Neubau der Giesensdorfer Straße aufgestellt worden sind, zu Tempo-30, dass dies schwer umsetzbar sein wird. BauL äußert, dass die Fahrbahn eine Breite von 6,25 m hat und dass beidseitig neben der Fahrbahn geparkt wird. Er macht den Vorschlag, den zuständigen Polizeiabschnitt zu beauftragen, festzustellen, ob ein Übermaß an LKW-Verkehr stattfindet bzw. die Einrichtung von Tempo-30 in der Nachtzeit möglich ist. Frau Porath sagt dazu, dass nicht der Nachtverkehr problematisch ist, sondern das es hier speziell um den Tagesverkehr geht.

Herr Samulski (Dir. 4) erklärt, dass die Straße in einem guten Zustand ist, und er auch keine andere sinnvolle Lösung sieht. Es liegen kaum Geschwindigkeitsüberschreitungen vor. BauDez fragt, ob der LKW-Verkehr zugenommen hat. Herrn Samulski liegen dazu keine Erkenntnisse vor.. BV Ehlgötz gibt zu Bedenken, dass eine Geschwindigkeitsreduzierung das Problem nicht beseitigt. BV Kühnast stimmt dem zu und sieht eine Veränderung nur durch die Eröffnung der dort geplanten S-Bahn-Strecke.

Es werden viele dann auf den Wagen verzichten. BV Körner bittet das Bezirksamt zu veranlassen, dass durch den zuständigen Polizeiabschnitt eine Verkehrszählung durchgeführt wird. BV Hampel bittet darum dazu auch den Ostpreußendamm mit einzuschließen. BauDez sagt dies zu. Herr Samulski gibt noch zu Bedenken, dass jede Änderung Auswirkungen auf das Umfeld haben wird. BauL wird Frau Porath über das Ergebnis der Prüfungen unterrichten.

Kita Claszeile – Leuchtenburgstraße – Mobilfunkantenne

Frau A. Beermann (war bereits am 07.11.2002 zur Bürgerviertelstunde anwesend) – GEV Kita Claszeile -. Sie wiederholt Ihre Äußerungen aus dem letzten Ausschuss. Der Antrag ist vom Umwelt-Ausschuss wieder in den Bau-Ausschuss zurück überwiesen worden. Sie bittet nochmals um Überprüfung der Stellungnahme der Bauaufsicht, da Sie weiterhin von einer Genehmigungsbedürftigkeit für diese Antenne ausgeht.. Sie fragt nach dem momentanen Stand und die Unterstützung des BA in dieser Angelegenheit. Sie bezieht sich hier nochmals auf die Selbstverpflichtungserklärung und fragt wieso die Antenne noch genehmigt wurde, obwohl bekannt gewesen sein müsste, dass ein Tag später, die Selbstverpflichtungserklärung in Kraft treten wird.

BV Körner als früherer Dezernent erklärt, dass das BA damals nicht anders als heute keine Genehmigungsbedürftigkeit gesehen hat und die Selbstverpflichtung der Betreiber für eine Behörde keine Handhabe bietet. BauDez erklärt, das BA gehe weiterhin nicht von einer Genehmigungsbedürftigkeit aus; weitere Erkenntnisse lägen nicht vor.

Sein Vorschlag ist, andere Bezirke anzusprechen, um die dortige Verfahrensweise zu erkunden.

Eine weitere Betroffene bezieht sich nochmals auf den § 68 (3) BauO Bln – Versorgungsunternehmen – T-Mobile ist kein öffentliches Versorgungsunternehmen weshalb die Vorschrift nicht anwendbar sei. BauDez widerspricht dem und bezieht sich auf Hinweise von SenStadt und die Konsequenzen der Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes in Bezug auf die Bauordnung.

TOP 2 – Bericht aus dem Bezirksamt

1. **Tempo 30 Garystraße – Umsetzung der Anordnung der Straßenverkehrsbehörde**

   Zur Historie:

   Mit Schreiben vom 6. März 2002 wurde gegenüber dem Fachbereich Tiefbau angeordnet, in der Garystraße Tempo 30 (Einzelausweisung) auszuschildern, weil die Straße einen unübersichtlichen Straßenverlauf habe und von vielen Anwohnern und Studenten überquert werde. Mit Schreiben vom 16. Mai 2002 hatte der Fachbereich Tiefbau dem LPVA mitgeteilt, dass erst einmal eine Konzeption zu Tempo 30 abgewartet werden sollte, bevor weitere Maßnahmen umgesetzt werden. SenStadt hatt eine Kopie davon erhalten. Daraufhin hat SenStadt als Oberste Straßenverkehrsbehörde mit Schreiben vom 6. Juni 2002 darauf hingewiesen, dass die Straßenbaubehörde ihre Verpflichtung, Einzelanordnungen der Straßenverkehrsbehörde umzusetzen, nicht mit Hinweis auf ein fehlendes Gesamtkonzept verzögern dürfe. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass aus welchen Gründen auch immer SenStadt bei Tempo-30-Zonenanordnungen neuerdings ein Einvernehmen mit dem Bezirk für erforderlich hält. Er erläutert, dass SenStadt deshalb ihre eigenen Umsetzungsanordnungen zu Tempo 30 im Oberhofer Weg für rechtswidrig erklärt hat. Dies wirft die Frage auf, wann darf eine Einzelausweisung (ohne Einvernehmen), wann eine Zonenanordnung (mit Einvernehmen) wie bei der Straße Oberhofer Weg gewählt werden und wie wird abgegrenzt, da dies für eine Beteiligung des Bezirks entscheidend ist. BauDez erklärt, er wolle die Anordnung umsetzten, da er die Verantwortung für eventuelle Unfälle wegen Tempo 50 nicht tragen wolle. BV Hippe (CDU) entgegnet, unter Kausalitätsgesichtspunkten sei diese Befürchtung fernliegend.

Der Ausschuss spricht sich dafür aus, dass BV Körner als Ausschussvorsitzender das Rechtsamt um eine Stellungnahme bitten soll, die dann im Ausschuss bekannt gegeben wird. Das BA wird ersucht, bis dahin keine vollendeten Tatsachen in der Garstraße zu schaffen.

BF Hampel bezweifelt, dass nur das BA ein Mitspracherecht, vielmehr müsste auch die BVV zu Wort kommen, wenn der Bezirk beteiligt wird. Der Vorsitzende wird beauftragt, auch hierzu das Rechtsamt zu befragen.

2. Beleuchtung des KZ-Denkmals „Die Säule der Gefangenen“ in der Wismarer Straße

Das Schreiben mit der Kostenermittlung von AT.LUX, wonach die Baukosten nicht – wie vom Amt zuletzt grob abgeschätzt – bei ca. 4.000 € sondern bei ca. 10.000 € liegen, wurde wunschgemäß an alle Fraktionen verteilt. Die Differenz resultiert hauptsächlich daraus, dass das Amt bei seiner Abschätzung BEWAG-Kosten von ca. 5.000 € vergessen hatte. Eine Realisierungsmöglichkeit aus Titeln des NG (Eigentümer) wird deshalb vom BA nicht mehr gesehen

BV Kühnast fragt, ob dies Festpreise sind. BauDez antwortet es kann nach oben und nach unten nochmals tendieren.
BV Ronnisch (SPD) ist nicht davon überzeugt, dass zwei Lichtmasten realisierbar sein werden. Dazu müssten Bäume gefällt werden. Bei vernünftigen Bodenstrahlern fallen zu hohe Reparaturkosten an (z.B. bei Vandalismus). Er fragt, ob AT.LUX eine genaue Berechnung erfolgen kann? Bau L ist dagegen, weil das Gutachten darüber auch eine erneute Kostenfrage aufwirft. BauDez bittet um Entscheidung, wie nun weiter verfahren werden soll. BV Kühnast rügt das „Durcheinander von Zahlen“ und bittet BauDez im Namen der FDP-Fraktion um Prüfung, ob die Kosten im Sinne der Sache reduziert werden können.

3. Geschwindigkeitsbeschränkung Dessauerstraße

Herr Udo Warschewske hatte sich mit Schreiben vom 1.10.02 an alle Fraktionen gewandt mit der Bitte, sich für eine Geschwindigkeitsbeschränkung in der Dessauerstraße einzusetzen. Der Fachbereich Tiefbau sieht allerdings keinen Handlungsbedarf, da die Dessauerstraße bereits innerhalb einer Tempo-30-Zone liegt.

BauDez wird gebeten, Herrn Warschewske die Ergebnisse mitzuteilen. Ferner ihn für den nächsten Bau-A. einzuladen.

4. Busspur Malteserstraße

Der Ausschuss beschließt, dass im Januar-Bau-Ausschuss der TOP „Busspur Malteserstraße“ behandelt werden und eine „BVG-Runde“ stattfinden sollte, an der dann auch Vertreter von SenStadt und der BVG teilnehmen sollen. Der Vorsitzende bat das Amt, die externen Vertreter dazu einzuladen.

5. Lichtsignalanlage (LSA) Dahlemer Weg / Seehofstraße

Die Baumaßnahme hat Ende der 47. KW begonnen und soll nach Aussage von SenStadt, sofern das Wetter mitspielt, auch noch in diesem Jahr fertig gestellt werden.

6. Lichtsignalanlage (LSA) Lankwitzer Straße / Ferdinandstraße

Die Baumaßnahme ist nahezu abgeschlossen. Die LSA soll Ende der 48. KW in Betrieb genommen werden.

7. Unregelmäßigkeiten bei der Rechnungslegung einer Tiefbau-Fachfirma – Stand der Schäden -

Die Prüfung aller Rechnungen ist abgeschlossen. Es ergibt sich ein Schaden von 11.261,52 DM (als Überzahlung).

Dieser Betrag kann voraussichtlich durch Aufrechnungsersuchen bei zwei anderen Bezirken ausgeglichen werden. Das Amt wurde gebeten, im Ausschuss weiter zu berichten.

8. Linienmaßnahmen zum Fahrplanverkehr ab dem 06.01.2003

Linie 112 Rathaus Zehlendorf – S-Bhf. Nikolassee

Streckenführung wie bisher, jedoch verkürzt um den Abschnitt Appenzeller Straße – Rathaus Zehlendorf. Die Verkürzung der Linie erfolgt im Zusammenhang mit der neuen Bedienung des Streckenabschnittes Zehlendorf Eiche – Lichterfelde Lindenstraße durch die Linie 184.

Linie 117 Kleinmachnow, Am Hochwald – S-Bhf. Lichterfelde-Ost

Diese neue Linie übernimmt die Verkehrsaufgaben der bisher dort verkehrenden Linie 184 bei unveränderter Streckenführung und Betriebsprogramm. Die Änderung insgesamt wird notwendig, um den gestiegenen Verkehrsbedarf zwischen Lankwitz/Lichterfelde und Zehlendorf gerecht zu werden.

Linie 184 Flughafen Tempelhof – Zehlendorf Busseallee

Wie bisher, jedoch verkürzt um den Abschnitt Lichtefelde, Lindenstraße - Kleinmachnow

Linie 212 Zehlendorf Eiche – Lichterfelde, Thuner Platz

Dieses nur im Spätverkehr verstehende Angebot mit flexibler Bedienung wird durch den ab 06.01.2003 auf der Linie 18 zwischen Zehlendorf Eiche und Appenzeller Straße eingeführten abendlichen Linienverkehr überflüssig und kann daher eingestellt werden.

BV Eichstädt beantragt für die CDU-Fraktion in der Vergabesache BV Wilma-Rudolph-OS (vgl. TOP 2 vom 07.11.2002) Einsicht in die Akten der Baubehörde für alle Mitglieder des Bau-Ausschusses, § 17 Abs. 2 BezVG. Er führt aus, dass der CDU-Fraktion Informationen zugetragen worden sind, die einer Überprüfung zu unterziehen sind. BauDez nimmt den Wunsch nach Akteneinsicht zur Kenntnis und bittet, sich im Einzelnen noch informieren zu können. Der Vorsitzende bat, auch zu prüfen, ob den Ausschussmitgliedern eine Kopiermöglichkeit eingeräumt werden kann, falls der Vorgang umfangreich ist. BV Weihe (SPD) äußert sich unter Hinweis auf das Akteneinsichtsverfahren im Geschäftsbereich des früheren Steglitzer Sozialstadtrats. Eine streitige Erörterung der Akteneinsicht ergibt sich nicht. Der Vorsitzende befragt die Ausschussmitglieder, ob allseits Einverständnis besteht, so zu verfahren wie beantragt. Widerspruch gibt es nicht. Der Vorsitzende stellt fest, dass der Ausschuss Akteneinsicht nimmt. Hierzu sind ausschließlich dessen Mitglieder befugt, nicht aber sonstige BV. BauDez erklärt, er wolle die offenen Fragen, wie die Einsicht umgesetzt werden kann und ob kopiert werden darf, kurzfristig klären. Er wird dem Vorsitzenden Nachricht geben, der die Ausschussmitglieder über Ort und Zeit der Einsichtsmöglichkeit unterrichtet.

TOP 3 – Anträge

TOP 3.1 – Drs.Nr. 0037 / II (neu) - Umbenennung der Treitschkestraße

BV Eichstädt teilt dazu mit, dass der Ältestenrat beschlossen hat, dass der heutige Bau-Ausschuss abschließend entscheiden, die Beschlussempfehlung aber erst in die Januar-BVV eingebracht werden soll. BV Hampel kritisiert, dass die bisherige Diskussion dem Ansehen des Bezirks schadet.

Der Antrag auf Umbenennung wird mit 6-Ja-Stimmen zu 8-Nein Stimmen abgelehnt.

TOP 3.2 – Drs.Nr. Fahrradstraße Havelchaussee

Der Antrag wurde bereits zurückgestellt (siehe dazu Seite 1)

TOP 3.3 – Drs.-Nr. 0366 / II – Grunewaldstraße in Steglitz

Auf der Fahrbahn wurden Sperrlinien aufgetragen, die das Befahren der Einfahrt erleichtern. BV Sunkel bedankt sich im Sinne der Anwohner, dass hier eine zufriedenstellende Lösung gefunden wurde und zieht den Antrag für die FDP-Fraktion aufgrund von Amtshandeln zurück.

TOP 3.4 – Drs.-Nr. 0395 / II – Lebensgefährliche Radwege

In der Potsdamer Chaussee besteht eine Radwegebenutzungspflicht nur noch im Bereich der Lindenthaler Allee. Die Abteilung soll sich dafür einsetzen, dass diese Schilder entfernt werden.

Der Antrag wird von BV Hampel für die Fraktion der Grünen zurückgezogen.

TOP 3.5 – Drs.-Nr. 0401 / II – Straßenumbenennungen

Die Fraktion der Grünen verteilt einen geänderten Antragstext:

„Das Bezirksamt wird ersucht vor zukünftigen Umbenennungen von Straßen und Plätzen über den im Straßengesetz und seinen Ausführungsvorschriften vorgegebenen Umfang hinaus die betroffenen AnwohnerInnen und GrundstückseigentümerInnen über die Beweggründe für die Umbenennung umfassend zu informieren.

Dies soll mindestens durch Wurfsendungen so rechtzeitig geschehen, dass die Betroffenen die Möglichkeit haben im Rahmen der Bürgerbeteiligung in den Fachausschüssen mitzuwirken.“

BV Eichstädt gibt zu Bedenken, dass es hier nicht um ein Mitwirkungsrecht des Bürgers gehen kann, sondern die Meinung oder das Votum des Bürgers soll in den Entscheidungsprozess der BVV Eingang finden. Er schlägt vor, das Wort „mitzuwirken“ in „ihre Meinung einzubringen“ zu ändern.

BauDez stellt die Frage, wann der Zeitpunkt der Information für die betroffenen Anwohner sein soll, ob schon bei Einbringen eines Vorschlages oder, z.B. vor einer BVV-Plenums-Entscheidung.

BV Kühnast für die FDP-Fraktion unterstützt BauDez in seiner Frage. Er sieht diesen Antrag als nicht ausführbar. BV Ronnisch (SPD) schließt sich dem an.

BV Eichstädt versucht, genauer zu erklären, dass die Bürgerinnen und Bürger **vor** der Entscheidung der zuständigen Ausschüsse informiert werden sollen.

BV Kühnast weist darauf hin, dass es keine Informationsverpflichtung durch das Bezirksamt gegenüber den Bürger/innen bei Anträgen von Fraktionen gibt.

BauDez schließt sich dem an und gibt zu Bedenken, dass dieser Antrag erhebliche Kosten für die Abteilung bedeuten kann. Außerdem sei aufgrund von Personalknappheit eine Vorabinformation durch eigenes Personal nicht zu leisten. Die Materialbereitstellung (Vervielfältigung der Informationsblätter) sei nicht gewährleistet aufgrund von knappen finanziellen Mitteln.

BV Kühnast (FDP) schlägt den Weg der Information über das Internet vor.

BV Hampel (Grüne) sieht die frühe Information als ein Engagement für die Bürger/innen.

BV Reinhardt (SPD) ist der Auffassung, dass die Vorabinformation eher eine Aufgabe für die Partei ist, die die Umbenennung fordert.

BV Ronnisch (SPD) meldet trotzdem Zweifel an einer Information an. Es werde sowohl für das Bezirksamt als auch für eine Partei kaum leistbar sein zu informieren.

BV Eichstädt (CDU) ist mit den genannten Gründen nicht einverstanden. Er sieht im Vordergrund den Bürgerservice und auch die Bürgerfreundlichkeit. Er bittet jedoch für die CDU-Fraktion um Vertagung, damit sich alle Beteiligten noch einmal Gedanken zu diesem Antrag machen können.. BV Hampel (Grüne) schließt sich dem an.

Die Drs. Nr. 0401 / II wird in den nächsten Bau-A vertagt.

TOP 3.6 – Drs.-Nr. 0410 / II – Verkehrsschild am Hindenburgdamm/Wolfensteindamm

An den o.g. Straßen passiert es oft, dass Autofahrer durch die unübersichtliche Straßenverkehrsführung in den Gegenverkehr geraten. BV Ehlgötz (CDU) erklärt anhand der durch BauDez den Fraktionen übergebenen Skizze die Verkehrssituation und bittet um Änderung des Antrages.

„Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, die Verkehrssicherheit an der Kreuzung Wolfensteindamm / Hindenburgdamm / Neuchateller Straße zu erhöhen.

„Zu diesem Zweck ist an der Einmündung Hindenburgdamm / Wolfensteindamm, Fahrtrichtung Süd, das Verkehrszeichen „Einfahrt verboten“ (Zeichen nr. 267) aufzustellen“.

Dem Antrag wird in geänderter Form einstimmig stattgegeben.

TOP 3.7 – Drs.Nr. 0454 / II Initiativantrag – Mobilfunkstation Leuchtenburgstraße

Wurde bereits vertagt auf Wunsch der SPD-Fraktion (siehe hierzu aber auch TOP 4 – Verschiedenes)

TOP 3.8 – Drs.Nr. 0460 / II – Parkplätze am Bahnhof Lichterfelde-West

BV Ehlgötz bittet für die CDU-Fraktion um Änderung des Antragstextes:

„Die BVV möge beschließen:

„Das Bezirksamt wird ersucht, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass der bestehende Parkbereich mit Parkscheibenverpflichtung in der Baseler Straße um die Parkplätze in der Curtiusstraße und der Hans-Sachs-Straße zwischen Drakestraße und Baseler Straße erweitert wird“.

Der geänderte Antrag wird einstimmig angenommen.

TOP 3.9 – Drs.-Nr. 0462 / II – Zebrastreifen in der Mühlenstraße / Ecke Jänickestraße

Ehe über den Antrag entschieden wird, berichtet aus Ihrer Kenntnis BV Wagner (PDS) dass ein Fußgängerüberweg an dieser Stelle vom BA im Rahmen des Zebrastreifen-Programms von SenStadt gefordert wurde. Es sind Zählungen durchgeführt worden. Bei diesen Zählungen wurde eine relativ geringe Frequenz an querenden Fußgängern und Schulkindern festgestellt, die gezählte KfZ-Belastung ließe jedoch die Maßnahme zu. Ein angenommener Antrag könnte den Fachbereich Tiefbau in seinem Bemühen unterstützen.

BV Eichstädt (CDU) gibt zu Bedenken, dass es sich hier um eine gefährliche Straßenüberquerung handelt und bittet um Abstimmung.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

TOP 3.10 – Drs.Nr. 0471 / II - Autofreie Schloßstraße

Wird vertagt.

TOP 3.11 – Drs.Nr. 0479 / II - mehrsprachiges Informationssystem im ÖPNV

Der Antrag wurde bereits vertagt.

TOP 3.12 – Drs.Nr. 0480 / II – BVV-Beschluss Nr. 51 vom 11.04.2001 Tempo-30-Zone im Oberhofer Weg und

TOP 3.13 – Drs.Nr. 0490 / II (neu) – Vorlage zur Beschlussfassung Drs. Nr. 480 / II „Tempo-30-Zone im Oberhofer Weg

Zur Behandlung dieser beiden Anträge im Bau-Auschuss wird ebenfalls die Erläuterung des Rechtsamtes zu Tempo-30-Zonen / Einzelausweisungen benötigt.

Die Anträge werden vertagt.

TOP 5 – Verschiedenes

BV Körner gibt den Fraktionen zur Kenntnis, dass der 2. Gemeinsame Ausschuss zur „B 101“ am Donnerstag, 05.12.02 um 16.30 Uhr im BVV-Saal stattfinden wird. Die Einladungen haben alle Fraktionsmitglieder erhalten. Durch BauDezSekr ist die zuständige Senatsverwaltung sowie die IVU eingeladen worden.

BauDez teilt mit, dass Unterlagen zum Folgegutachten nun in der Abteilung eingetroffen sind. Jede Fraktion erhält davon ein Exemplar.

BV Ronnisch schlägt für die SPD-Fraktion die Drs.Nr. 0454 / II – Initiativantrag – Mobilfunkstation Leuchtenburger Straße zusätzlich auf die Tagesordnung dieses Gemeinsamen Ausschusses zu setzen.

BV Körner möchte dieser Bitte nicht entsprechen, da die angesetzte Zeit komplett für den Ausschuss gebraucht wird. Er macht aber den Vorschlag, die Tagesordnung um die Drucksache 0454 / II zu erweitern. Die Fraktion der SPD ist damit einverstanden. Auch alle weiteren Ausschussmitglieder sind hiermit einverstanden.

Der Vorsitzende ruft nunmehr die Drs.Nr. 0454 / II auf.

BV Ehlgötz für die CDU-Fraktion bittet um Änderung des zweiten Absatzes:

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten zu prüfen, ob die Mobilfunkstation Leuchtenburgstraße 12 entsprechend § 68 Abs. 3 der Bauordnung von Berlin genehmigungspflichtig ist.

„Da der Standort sich in einem hochsensiblen Bereich befindet, sollte geprüft werden, ob ein Abriss verfügt werden kann“.

Die SPD-Fraktion stimmt der Änderung zu.

Der geänderte Antrag wird einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende bedankt sich bei der SPD-Fraktion, eine Behandlung dieses Antrags doch noch ermöglicht zu haben.

BV Körner teilt mit, dass im Dezember 2002 kein Bau-Ausschuss stattfinden wird. Der Termin für den nächsten Bau-Ausschuss im Januar 2003 wird noch bekanntgegeben.

Vorsitzender: Herr Körner

Schriftführer: Herr Kühnast

Protokoll: Frau Andreas